

Norddeutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 22. April.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Tische der Bundes-Kommissarien: Präsident Delbrück. Später Graf Bismarck, v. Friesen u.

Der Abg. Max Hirsch ist in das Haus eingetreten.

Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Etats des norddeutschen Bundes für das Jahr 1870.

1) Etat für das Bundeskanzleramt.

Präsident Delbrück leitet die Beratung mit einigen Erläuterungen ein. Das Gehalt des Bundeskanzlers, welches bisher im preussischen Etat figurirte, ist auf den Bundes-Etat mit 12,000 Thlr. übernommen. Außerdem befindet sich ein Beitrag von 6000 Thlr. für das germanische Museum in Nürnberg mit Rücksicht auf das lebhafteste Interesse, welches sich für dasselbe im vorigen Jahre im Reichstage kund gegeben.

Die einzelnen Ausgabe-Positionen werden ohne Diskussion genehmigt.

Bei der Bewilligung für das germanische Museum in Nürnberg spricht der Abg. Löwe den Wunsch aus, daß der Bundesrath sich nicht in den gegenwärtig über dieses Museum ausgebrochenen Gelehrtenstreit mischen möge, daß keine formelle Bedingungen einer Statutenänderung an die Bewilligung geknüpft werden möge. Der Hauptzweck des Reichstags sei der gewesen, seine Sympathien für den nationalen Zweck kund zu geben. Wenn man aber bei der Bewilligung der 6000 Thlr. in einen noch so geringen Streit mit der bairischen Regierung gerathe, so sei dieser Zweck verfehlt. Der Streit, der ausgebrochen, sei ein häßlicher.

Präsident Delbrück: Der Bundesrath werde sich in einen Gelehrtenstreit nicht einlassen, er habe aber, indem er von den früheren erheblichen Bedenken gegen diese Bewilligung absah, allerdings davon ausgehen müssen, daß die weitere Leitung des Museums in demselben Sinne erfolgen werde, wie sie in der letzten Zeit von Seiten des jetzigen Vorstandes erfolgt sei. Handelte es sich um eine Position, welche auf längere Zeit hinaus zu bewilligen sein würde, so würde der Bundesrath zu Statutenänderungen haben verlangen müssen. Eine immer wiederkehrende Bewilligung schließe aber die jedesmalige Prüfung der Sache nicht aus.

Nach einigen Worten der Abg. Harnier und Frhr. v. Hagle spricht Abg. Wehrhanssen dem Bundesrath seinen Dank dafür aus, daß er keine Bedingungen an die Bewilligung geknüpft habe. Was der Bundesrath gethan, sei seine Pflicht, da es sich um die Verwendung von Bundesgeldern handle.

Bei dem Dispositionsfonds für den Bundeskanzler zu unvorhergesehenen Ausgaben mit 30,000 Thlr. spricht Abg. Lesse den Wunsch nach Beschleunigung der Arbeiten der Civil-Projekt-Kommission und nach Veröffentlichung des ersten Theils, sofort nach dessen Veröffentlichung aus. Eine Antwort erfolgt nicht.

Die Position wird bewilligt.

Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben fragt Abg. Twesten, ob es in der Absicht liege, in nächster Zeit mit einem Bau des Parlamentshauses vorzugehen.

Präsident Delbrück erwidert, daß im Bundesrath ein Beschluß darüber noch nicht gefaßt sei.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich erlaube mir hinzuzufügen, daß bevor ein Beschluß gefaßt wird, jedenfalls die Pläne werden vorgelegt werden müssen.

Der Etat wird ohne weitere Debatte genehmigt, ebenso die Etats des Bundesraths und des Reichstags.

Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Derselbe weist nach eine dauernde Ausgabe von 832,730 Thlr. und eine einmalige außerordentliche Ausgabe von 30,000 Thlr.

Nachdem der Bundeskommissar Geh. Leg.-Rath v. Rudell den Etat mit einigen Worten erläutert, erhebt Abg. Twesten dagegen Widerspruch, daß den Bundesstaaten Sachsen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig in den Matrifularbeiträgen ein Nachlaß dafür gewährt werde, daß sie noch bei einzelnen Staaten Gesandten halten. Es sei dringend wünschenswerth, daß solche ständige Gesandtschaften künftig unterbleiben, denn dieselben seien nicht bloß überflüssig, sondern geradezu schädlich. Wenn der Reichstag dies auch nicht ausdrücklich unterlagen könne, so dürfe er doch solche Gesandtschaften keinesfalls unterstützen oder sanktioniren. Dies würde er aber thun, wenn ein Theil der Kosten dafür auf den Bundesetat übernommen würde. Der Redner knüpft daran ferner den Wunsch, daß der Bundeskanzler dem Gebrauche aller andern europäischen Länder folgen, und dem Reichstage auch alle diplomatischen Aktenstücke etwa in Form von „Blaubüchern“ mittheilen möge. Jeder auswärtige Minister legt die Hauptgeschäftspunkte seiner Politik in der Weise dar, wie es seinen Intentionen entspricht, und welche die Politik anderer Staaten in einem weniger günstigen Lichte er-

scheinen lasse. Er glaube, es sei ein wesentlicher Vortheil, welchen die Regierungen in Frankreich und Oesterreich zuweilen davon tragen, daß ihre Politik zur Kenntniß des Publikums gebracht wird, während die andern Staaten schweigen. Solche Aktenstücke fänden auch eine andere Verbreitung, als gelegentliche Artikel in offiziellen Blättern. Der Redner verweist auf die Luxemburger und gegenwärtig die ungarische Frage, wo die öffentliche Meinung durch tendenziöse Veröffentlichungen gegen Preußen eingenommen sei. Er enthalte sich eines Antrages, wolle die Sache aber doch angeregt wissen.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Zunächst einige Worte über den letzten Theil der Bemerkungen des Vorredners. Derselbe hat mit seinem Wunsche den Bundesregierungen eine außerordentlich schwierige Aufgabe zugemutet, eine Aufgabe, mehr parlamentarischer, als diplomatischer Natur. Wenn eine Anzahl anderer Regierungen die Gewohnheit hat, einen sehr geringen Theil der Aktenstücke zu publiziren, so werden sie dazu meiner Ueberzeugung nach wesentlich durch ein parlamentarisches Bedürfnis geleitet; im Uebrigen aber kann ich dem Reichstage nur sagen, daß er durch ein solches Verlangen sein Budget sehr erheblich erschweren würde, denn ich würde genöthigt sein, Depeschen zu schreiben, welche wirklich in der Diplomatie gelten, und solche, welche ich veröffentlichen will. (Heiterkeit.) Ich würde noch weiter geben müssen, ich würde Depeschen schreiben müssen, welche ich sonst gar nicht geschrieben hätte, weil ich sie für vollständig überflüssig halte; ich würde mich in eine agitatorische Preßthätigkeit einlassen müssen. Ich glaube auch nicht, daß die Regierungen, welche nach dieser Richtung hin den parlamentarischen Anforderungen entsprechen, sehr erbaunt sind, von den Folgen, welche sie damit erzielen. Eine üble Gewohnheit, welche bleibt, ist das Mißtrauen der übrigen der übrigen Regierungen. Eine Regierung, welche in der Veröffentlichung einigermaßen zu weit geht, wird damit nicht den Keim des Vertrauens erwecken, sondern ihn erstickern. Solchen Regierungen gegenüber verburne ich mir nur einmal die Finger, aber nicht öfter. In England wird die Sitte mit dem Takte gehandhabt, wie sie lange Erfahrung vorschreibt, dennoch ist mehrfach darüber geklagt worden. Daß die französische Regierung außerordentlich vorsichtig in ihren Veröffentlichungen ist, ist Ihnen Allen bekannt und es hat dies Verfahren doch im Innern gewiß den Nachtheil, daß der parlamentarische Zweck, der damit verbunden ist, nicht erreicht wird. Sollten die Herren auf Ihr Verlangen bestehen, so werde ich versuchen für das nächste Jahr etwas Unschädliches zu veröffentlichen. (Heiterkeit.) Es bedarf dies aber einer ganz besonderen Redaktion. Wenn Fragen jetzt brennend werden, so geschieht die Veröffentlichung regelmäßig, da ja kriegerische Unternehmungen nicht aus andern, als nationalen Gründen entstehen. Wenn wir erst anfangen, Depeschen amtlich zu veröffentlichen, so ist dies mehr als ein Symptom dafür, daß die Dinge anfangen sehr ernst zu werden. Ich bin kein Anhänger dieser Maßregel, ich wiederhole, daß sie entsteht aus dem Bedürfnis der inneren Politik und der Publizität. Aus dem letzteren Grunde lehne ich ab, der Maßregel zu folgen. Es wäre mir lieber, Sie beständen nicht darauf. Bleiben Sie aber dabei, so werden wir geben, was wir geben können. Wenn Sie glauben, daß das ganze Portefeuille des auswärtigen Ministeriums auf den Tisch des Hauses gelegt wird, so huldigen Sie einer Ansicht, welche ich nach meinen langjährigen Erfahrungen nicht theilen kann. Was den ersten, vom Abg. Twesten berührten Gegenstand anlangt, so bin ich mit ihm darin einverstanden, daß das zu erstrebende Ziel unserer Entwicklung die einheitliche Vertretung im Auslande sein muß. Aber ich möchte Sie bitten, das jetzt bestehende Verhältniß als ein Uebergangsstadium zu betrachten. Es ist diese Einrichtung eine Vorbedingung gewesen, unter der es uns möglich war, die Uebertragung der Vertretung auf den Bund zu erreichen. Eine plötzliche Veränderung dieser Situation eintreten zu lassen halte ich nicht für billig. Wenn Sie mir Vertrauen schenken wollen, so möchte ich Sie bitten, die Regelung des Verhältnisses der Beziehungen der einzelnen Regierungen zur Gesamtheit mir zu überlassen, mit dem Vertrauen, welches Sie haben müssen, wenn das ausgesprochene Verfahren noch etwas mehr, als meinen guten Willen in der Sache bedeuten soll. (Lebh. Beifall.)

Abg. v. Hoyerbed: Mit Bezug auf die Veröffentlichung der Blaubücher, entbinde er den Bundeskanzler seines Versprechens. Die Regierungen verständigen sich unter einander ganz gut und solche Veröffentlichungen würden doch nur Spiegelschereien sein. Den zweiten Theil der Bemerkungen des Abg. Twesten unterstütze er. Daß die Regierungen sich in das neue Verhältniß erst hineinfinden müßten, gebe er zu; er wolle dies aber nicht durch Geldbewilligungen unterstützen.

Abg. Ruffell (Oldenburg) klagt über die Kosten des auswärtigen Ministeriums, welche zur Hälfte auf den Etat Preußens übernommen werden müßten, er klagt über die Höhe der Steuern und richtet an den Bundeskanzler die Frage, ob die Bundesgesandten auch

die Verpflichtung hätten, die speziellen Interessen der übrigen Bundesstaaten zu vertreten.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Preußen trägt durch seine Matrifularbeiträge schon ¼ des gemeinschaftlichen Etats. Die Frage des Vorredners kann ich nur bejahen. Der norddeutsche Gesandte wird die Interessen jedes Oldenburgers eben so vertreten, wie die eines jeden Preußen. Die Sicherung eines 50jährigen Friedens durch Preußen, hat es möglich gemacht, daß die Oldenburger jetzt die Steuern zahlen können. (Heiterkeit.)

Der Antrag des Abg. Twesten lautet: „Den Nachlaß an den Gesandtschaftskosten für die Bundesstaaten Sachsen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig von beziehentlich 4500—340—900 und 180 Thlr. nicht zu genehmigen, und demgemäß eine anderweitige Berechnung der Matrifularbeiträge aufstellen zu lassen.“

Abg. Lasker erklärt, daß die halbe und vielleicht scherzweise Veröffentlichung der wahren und ernsten Vorangehen müsse. Doch sei ihm die Sache nicht wichtig genug. Dagegen unterstütze er den Antrag nicht vom politischen, sondern vom ökonomischen Standpunkte aus.

Bundeskommissar Frhr. v. Friesen erläutert die Positionen ebenfalls, indem er damit einverstanden, daß die Frage keine große politische Tragweite habe. Preußen würde durch Uebernahme der Gesandtschaften auf den Bund vollständig entlastet. Hier handle es sich nur um eine Ausgleichung.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Die Veröffentlichung der Aktenstücke würde die Kunst des Schweigens und Verstellens nicht verhindern, sondern vermehren. Was den Antrag Twestens anlangt, so habe er nicht die Absicht, das Vergnügen der kleinen Staaten mitzubehalten. Da die Sache aber zu unbedeutend sei, so werde er gegen den Twestenschen Antrag stimmen.

Die Abg. Günther (Sachsen) und Ackermann (Dresden) bekämpfen den Twestenschen Antrag. — Nach einer Bemerkung des Abg. v. Hoyerbed wird abgestimmt und der Antrag des Abg. Twesten abgelehnt.

Die einzelnen Positionen des Etats werden genehmigt. Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben rechtfertigt Präsident Delbrück ein Darlehen von 30,000 Thlr., welches dem deutsch-evangelischen Vereine zu Konstantinopel zum Neubau eines Hospitals gegeben sei, mit Hinsicht auf die dem Bunde obliegende Sorge für die deutsche Schifffahrt. Es wurden dafolbst Kranke aller Konfessionen aufgenommen. — Die Position wird bewilligt. — Abg. v. Hoyerbed beantragt die Zulage des Militär-Bevollmächtigten in Petersburg von 6000 Thlr. zu streichen.

Der Bundeskanzler Graf Bismarck rechtfertigt die Nothwendigkeit dieses Postens für die diplomatische Aktion. Der Antrag v. Hoyerbed wird abgelehnt, die Position bewilligt.

Bei dem Etat für die Bundes-Konsulate erklärt Präsident Delbrück auf einige Bemerkungen des Abg. Kannegeiser, daß die Organisation der Bundeskonsulate zum größten Theil vollendet sei, mit Ausnahme der Konsulate in England, Mexiko und Smyrna, weil hier erst mit der Ernennung von General-Konsuln vorgegangen werden mußte. Preußen ertheile für Preußen ein Exequatur nicht mehr, sondern überlasse es dem Bunde. Wenn andere Regierungen anders verfahren, so verbiete ihnen dies die Bundesverfassung nicht.

Abg. Frhr. v. Rabenau stellt eine Frage wegen des Konsulats in Venezuela.

Präsident Delbrück: Bei den 500 Konsulaten könne man nicht verlangen, daß er über jede Frage so ohne Weiteres Auskunft solle ertheilen können. Er sei dazu nicht im Stande. (Heiterkeit.)

Der Etat der Bundes-Konsulate wird ohne weitere Beanstandung genehmigt, ebenso der Etat der Bundes-schuld, des Rechnungshofes, der Telegraphen-Verwaltung und die Einnahme Kap. I. Zölle und Verbrauchssteuern.

Zu Kap. 2 Post- und Zeitungs-Verwaltung giebt der Bundes-Kommissar General-Post-Direktor v. Philipsborn eine erläuternde Uebersicht. Die Porto-Einnahmesteigerung beläuft sich auf 800,000 Thlr. jährlich, also in 2 Jahren auf 1 Million. Die Porto-Einnahme im Januar 1869 sei 200,000 Thlr. weniger gewesen, als im Jahre 1868. Präsident Simson theilt mit, daß der Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Portofreiheit eingegangen sei.

Abg. Becker (Dortmund) macht darauf aufmerksam, daß durch diese Vorlage die Grundlage des Etats der Post wesentlich verändert werde und meint, es wäre wünschenswerth, den Etat erst nach Beratung des Gesetzes zu beraten.

Präsident Simson: Eine Aussetzung der Beratung scheine nicht notwendig, da noch eine dritte Lesung des Etats bevorstehe.

Es wird deshalb in die Beratung eingetreten.

Abg. Grumbrecht fragt, welche Gründe dem Abschluß von Postverträgen mit Frankreich und England

entgegenständen, da das Interesse des Verkehrs den Abschluß dieser Verträge vor allen Dingen erfordere.

Bundeskommissar v. Philipsborn: Es sei nicht möglich gewesen, die Verträge anders als der Reihe nach abzuschließen und dies sei auch geschehen. Die Verhandlungen mit England seien noch nicht abgeschlossen, weil noch Verhandlungen wegen Eisenbahnen schweben. An die französische Regierung seien die betreffenden Mittheilungen gerichtet, und es sei zu hoffen, daß die Angelegenheit bald ihre Erledigung finde.

Die einzelnen Etatspositionen werden demnach ohne weitere erhebliche Debatte genehmigt. Die Einnahme beträgt 21,861,270 Thaler, die Ausgabe 21,596,899 Thaler, der Ueberschuß 264,371 Thaler.

Es folgt der Etat der Telegraphen-Verwaltung, dessen Beratung durch den General-Direktor Chauvin eingeleitet wird. Derselbe rechtfertigt die einzelnen Ansätze des Etats, welche er als ziemlich richtig gegriffen bezeichnet, doch die Hoffnung ausdrückt, daß die Einnahmen sich in Wirklichkeit höher stellen werden.

Abg. Becker (Dortmund) wünscht Mittheilung darüber, wie viel Worte auf eine Depesche, welche bezahlt, und auf eine Depesche, welche nicht bezahlt wird, kommen. (Heiterkeit.) Eine Mittheilung der Zahl der Depeschen allein genüge nicht.

Bundeskommissar Chauvin: Er sei nicht in der Lage, jetzt nach seinen statistischen Notizen Auskunft darüber zu ertheilen, behalte sich dieselbe aber vor.

Abg. Ziegler fragt, ob die Mitglieder der Welfenfamilien auch frei telegraphiren können.

Bundeskommissar Chauvin: Es haben sämtliche zum norddeutschen Bunde gehörige Fürsten Telegraphenfreiheit. (Sensation.)

Der Etat wird ohne weitere Diskussion genehmigt. Der Etat weist nach in Einnahmen 2,934,300 Thlr., in Ausgabe 2,856,493 Thlr., in Ueberschuß 47,807 Thlr.

Die Einnahme aus der Bundesanleihe wird genehmigt und ist damit die Tagesordnung erledigt. Schluß der Sitzung 3¼ Uhr. — Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. — Tagesordnung: Gewerbeordnung.

Deutschland.

Berlin, 23. April. Der Hof wohnte am Buß- und Bettage dem Vormittags-Gottesdienste im Dome bei. Mittags ließ sich der König Vorträge halten, ertheilte dem schweizerischen Gesandten Oberst Hammer, der ein Gewehr neuester Konstruktion überreichte, und im Begriff steht, auf einige Monate nach Bern zurückzukehren, Audienz und empfing den Besuch des Kronprinzen, welcher gestern früh zur Truppeninspektion nach Stargard in Pommern abgereist ist. Nachmittags machte das Königspaar eine Ausfahrt, speiste dann im Kronprinzipalpalais und war Abends in der liturgischen Andacht im Dome anwesend. Gestern Morgen empfing der König zur Verabschiedung den Prinzen Albrecht, nahm hierauf Meldungen und Vorträge entgegen, arbeitete dann, da der Kriegsminister von Roon von einem Unwohlsein befallen war, nur mit dem Chef des Militär-Kabinetts v. Trescow, konferirte mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und ertheilte um ¼ Uhr den Mitgliedern der internationalen Konferenz Audienz. Abends ¼ 10 Uhr war im Königl. Palais Soirée, zu welcher 100 und einige 30 Personen, unter ihnen auch die Botschafter mit ihren Gemahlinnen, der Ministerpräsident Graf Bismarck mit Gemahlin und Tochter u., Einladung erhalten hatten. Vorträge hielten unter Leitung des Ober-Kapellmeisters Taubert Frau Lucca und Herr Bismarck, und die Theater-Vorstellung wurde von Mitgliedern der französischen Gesellschaft ausgeführt.

Der Prinz und die Prinzessin Karl sind gestern Abends von Paris kommend hierher zurückgekehrt.

Der erste diesjährige Korso am Dienstag, den 20. d. Mts., erfreute sich einer reichen Betheiligung durch die elegante Welt. Die Herrenwelt opferte der Göttin der Freude Blumen in Fülle, die Damen prangten meist in einer Toilette, die den Kindern des Frühlings ebenbürtig zur Seite stand. Ihre K.R. H. die Frau Prinzessin Friedrich Karl und Prinzessin Alexandrine, Prinz Albrecht Sohn und Herzog Wilhelm von Mecklenburg nahmen an der Umfahrt von Anfang an Theil; die Kronprinzipal Herrschaften erschienen in elegantem Gefährte noch in später Stunde auf dem Korso-plate. Die Tribünen, welche nur nothdürftig unter dem plötzlich inmitten der Arbeit hereinbrechenden Strike der Zimmergeßellen hatten fertig gestellt werden können, waren dicht besetzt, andere Tausende woigten außerhalb der Einfriedigung zu Fuß, zu Ross und Wagen umher. Die vereinigten Musikchöre eröffneten das Fest durch ein Eingangs-Massen-Konzert, welches an Wirkung nichts zu wünschen übrig ließ; dann öffnete sich die Bahn für die Wagen und Reiter, welche dieselbe alsbald in vierfacher Reihe füllten. In dem ganzen Arrangement, welches eine musterhafte Ordnung ohne äußeren Zwang aufrecht erhielt, offenbarte sich die Sicherheit der leiten-

den Hand. Unter den Theilnehmern herrschte eine leidliche Fröhlichkeit, welcher durch Improptus aller Art willkommene Nahrung gegeben wurde; jedoch vermisten wir das so recht von Herzen Vergnügen früherer Jahre. Vielleicht, daß der Abend noch zu kühl war, vielleicht auch, daß man sich etwas enttäuscht über den so sparsam angebrachten Festpuß der Rasse fühlte. Uns wenigstens fiel es auf, daß nur die königlichen Ge-pannen, besonders die des Herzogs und der Herzogin Wilhelm mit ihren reich gekleideten Jockeys und die einiger weniger Privatleute, wie das des Kommissions-raths H., sich durch festlichen Habitus aus-zeichneten. Wenn man einmal ein fröhliches, unge-zwungenes Fest feiern will, dann darf der äußere, die Fröhlichkeit anregende Apparat nicht fehlen. Den Herren Offizieren dagegen gebührt der Ruhm, mit Flora's Spenden nicht gelacht zu haben. Die Wagen H. R. H. der Prinzessinnen Friedrich Karl und Alexan-drine waren bald mit Blumen überschüttet, ihnen reichte sich Frau Lucca an, die unter einem Teppich von Früh-lingesfindern zu ruhen schien. Fr. M. Räder machte mit ihrer anmutigen Erscheinung Furore, zwei andere Damen, Bierden der Bühne, in die sich schön ergän-zenden Farben Himmelblau und Rosa gekleidet, durch einen Baldachin nach englischem Muster gegen die dies-mal sich gänzlich abtönenden Strahlen der Sonne ge-schützt, führten auch die Beweise der allgemeinen Auf-merksamkeit in reichen Blumenpenden mit sich. Das Fest endete mit dem Einbruch der Dunkelheit, und in den Straßen Berlins merkte man an den heimkehrenden Menschenströmen, daß diese Frühjahrs-Assembleen leben-dige Theilnahme in allen Kreisen der Bevölkerung finden. Da uns noch einige Nachfolger bevorstehen, so wünschen wir ihnen dieselbe Theilnahme und noch mehr Decorum, als eines wesentlichen Faktors der Fröhlichkeit.

Frankfurt a. M., 22. April. Die neue spanische Anleihe wird hier stark gezeichnet. Die Um-sätze darin finden zu 29 1/2 hiesiger Usance, also mit 1/4 pCt. Prämie statt. Pr. Ende Mai wird die Prämie mit 3/4, pr. Ende Juli mit 1 1/4 pCt. gehandelt.

Stettin, 22. April. Die Bürgerchaft hat den Antrag des Senates, auf die Verabreichung des Straf-gesetzentwurfs einzugehen, wegen der bevorstehenden Straf-gesetzgebung des Bundes abgelehnt.

Nagelsburg, 22. April. Der Landtag des Herzogthums ist zum 3. Mai einberufen worden. Den Hauptgegenstand der Beratung desselben wird die Ein-verleibung in Preußen bilden und zwar soll darüber Beschluß gefaßt werden, ob die Verbindung mit der Provinz Schleswig-Holstein den Interessen Lauenburgs mehr entspricht oder mit der Provinz Hannover.

Bodenbach, 17. April. Hier entlud sich gestern Nachmittags ein so schweres Gewitter, wie ein solches seit Jahren nicht erlebt wurde. Der Blitz schlug, ohne jedoch zu zünden oder erheblichen Schaden anzu-richten, drei Mal ein, der Regen stürzte in Strömen herab und sehte alle Straßen unter Wasser.

Dresden, 20. April. Gestern Abend hielt der Kgl. preussische General-Lieutenant z. D. v. Schweini-zen seinen zum Besten des Albertvereins angekündigten Vortrag über Norwegen, welchen J. K. H. die Frau Kronprinzessin und Sr. K. H. der Erbprinz von Mecklenburg-Schwerin mit ihrer Gegenwart beehrten. In freier Rede führte der Vortragende die Zuhörer vom Rattagat aus durch das ganze Norwegen bis in den hohen Norden und über das Nordkap hinaus an die russische Grenze und schilderte mit warmen Worten die theils erhabene, theils liebliche Schönheit der Natur, so wie die eigenthümlichen Lebensverhältnisse des ferngen, tüchtigen, lebenswürdigen Volkes.

Wien, 22. April. Das Abgeordnetenhaus sehte heute die Beratung des Gesetz-Entwurfes über das Volksschulwesen fort. Das Herrenhaus nahm das Landvertragsgesetz an und genehmigte den deutsch-österreichischen Telegraphenvertrag, sowie den Vertrag betr. die Grenzregulirung mit Preußen.

Brüssel, 19. April. Das „Organ de Mons“ meldet: Wir erhalten heute Morgen sehr schlechte Nach-richten aus dem Boringe. Die Arbeit hat noch nir-gends wieder angefangen, und auch zu Boutin und Dour hat jetzt der Strike begonnen. Heute Morge-begaben sich 12—1500 Arbeiter an die Zeche Ste. Etienne. Blaire zu Bouffon, um die Arbeit zu ver-hindern. Man hatte sie erwartet und Truppen von Mons berufen. Zwei Kompagnien vom 5. Linien-Re-giment sind hingesandt. In den Kohlenwerken zu Dour hat man auch die Arbeit einstellen lassen. Man fürchtet ernste Unruhen und hat in aller Eile Kavallerie von Tournay berufen. Gestern Abend hat zu Quaragnon eine Arbeiterversammlung stattgefunden, in welcher der Advokat Eplingard von Brüssel geredet hat. Später haben die Arbeiter Herrn Eplingard an die Eisenbahn-station von Jemmapes begleitet, wo es beinahe zu einem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und anderen Per-sonen gekommen wäre. Auch zu Hénin und zu Frameries kamen Aufstände vor. Es heißt, der Advokat Eplingard sei zu Braine-le-Comte verhaftet worden. Zu Daturages ist ein gewisser Condor, der Agent der Internationale im Boringe, verhaftet und nach Brüssel transportirt worden. Der Antwerpener „Précurseur“ vom 18. berichtet, daß auch dort sich Bewegungen unter den Arbeitern verbreiten. Die Zimmerleute des Sta-blißens Cocteur hatten gedroht, einen Strike zu machen, wenn man ihnen nicht eine Lohnerhöhung ge-währe; diese wurde ihnen verweigert, und einige haben darauf die Arbeiten verlassen. Auch die Cigarrenmacher

drohen mit einem Strike. In allen diesen Dingen hat die Internationale ihre Hand, sie verspricht den Arbeit-tern Unterstützung während der Arbeitseinstellung. Am 18. wurde in Antwerpen eine Versammlung der Zim-merleute und Schreiner gehalten zum Zwecke der Bil-dung einer Lokalfektion der Internationale. Die Ver-sammlung war aber nur schwach besucht.

Brüssel, 22. April. Eingegangenen Nach-richten zufolge ist Frère-Orban heute vom Kaiser em-pfangen worden. Dem Vernehmen nach würde die Rück-kunft des Ministerpräsidenten vor Anfang nächster Woche nicht erfolgen.

Paris, 22. April. Die Subskription auf die neue spanische Anleihe ist heute hier eröffnet worden; starke Zeichnungen haben stattgefunden.

— „Patrie“ spricht die Vermuthung aus, daß der belgische Minister Frère-Orban heute dem Marquis de Lavallete neue Vorschläge zugehen lassen werde, und daß die Unterhandlungen nach den Wahlen wieder auf-genommen werden würden.

— „France“ und „Public“ bringen die Mitthei-lung, die französische Regierung habe bisher noch keine offizielle Kenntniß erhalten, daß behufs Konvertirung der Schulden der tunesischen Regierung ein Abkommen zwischen Tunis mit einem Pariser Finanz-Institut ge-troffen sei.

London, 21. April. J. Maj. die Königin stattete dem Lager in Aldershot einen Besuch ab und hielt trotz des ungünstigen Wetters — starke Regen-schauer folgten einander nach kleinen Zwischenpausen — eine Revue über die dort stationirten Truppen. Mor-gen wird der Königl. Hof von Windsor nach Osborne übersiedeln.

Wormer.

Stettin, 23. April. Den praktischen Aerzten Dr. Runge und Lehmann hieselbst ist von Sr. Majestät dem Könige der Charakter als Sanitäts-Rath verliehen worden.

— Ueber den Beginn der zehnjährigen Frist, welche den Verlust des preussischen Indigenats bei den im Auslande sich aufhaltenden Minderjährigen zur Folge hat, ist unter Bezugnahme auf eine frühere Ver-fügung dahin entschieden worden, daß die Voraussetzung der begünstigten Gesetzesbestimmung, wonach ein im Aus-lande weilender Preuße sein Indigenat ausgeben will, bei einem Minderjährigen, welcher, ohne den Aufenthalt mit seinem Vater zu theilen, im Auslande verweilt, bei dessen Unselbstständigkeit, rechtlich nicht als vorhanden angenommen werden darf, weil ein Minderjähriger, ebenso wenig wie durch ausdrückliche Erklärung, stillschweigend durch sein bloßes Verweilen im Auslande sein Indigenat ausgeben kann. Demgemäß ist die den Verlust des Indigenats zur Folge habende zehnjährige Frist erst von dem Zeitpunkt der erreichten Volljährigkeit zu berechnen. Diese Bestimmung ist namentlich für die Militärverhältnisse von Wichtigkeit.

— Am 1. Mai, Vormittags 10 Uhr, wird im Schützenhause eine Versammlung von Vertretern der-jenigen Drischtschaften stattfinden, welche ein Interesse an der Erbauung einer Haffbahn auf dem linken Oderufer haben.

— Heute Morgen war die neu erbaute Stahl-berg'sche Fabrik auf der Silberwieße von einer großen Gefahr bedroht, indem, wahrscheinlich durch Unvorsich-tigkeit, beim Aushaltkoden auf dem Hofe des Grund-stücks Feuer entstand und in unmittelbarer Nähe nicht nur Theer, sondern auch Spiritus lagerte. Es gelang glücklicher Weise, das Feuer durch Ausschüttung von Sand zu dämpfen, ehe dasselbe wesentlich an Ausdeh-nung gewonnen hatte. Die Feuerwehre war sofort zur Stelle, der Anwendung der Spritzen bedurfte es in-deßsen weiter nicht.

— Der bereits früher erwähnte stehende Dam pfr-ahn von etwa 300 Ctr. Tragfähigkeit, welcher auf dem Centralgüterbahnhofe vor dem für den Seeverkehr bestimmten Steuerschuppen, vis-à-vis dem Krankenhaus, aufgestellt werden soll, ist aus Berlin eingetroffen und wird heute mit der Montirung desselben begonnen. — Für den großen Krah von 1000 Ctr. Tragkraft, der seinen Platz am Parnisuser dem Stahlberg'schen Grundstück gegenüber finden soll, sind die Projekte ver-schiedener Maschinenbau-Anstalten ebenfalls bereits ein-gegangen und liegen dieselben zur Zeit dem Direktorio der Eisenbahn-Gesellschaft zur Entscheidung vor.

— Der auf der großen Lastadie wohnhafte Ar-beiter Rimmer beging gestern Abend bei dem Caroussel vor dem Königsthor die Nothheit, ohne irgend welche Veranlassung den Knaben Ferd. Jung mit einem Stocke einen Hieb über den Hinterkopf zu versetzen, wodurch eine stark blutende Wunde entstand. Von dem Vor-falle ist der Behörde Anzeige gemacht und dürfte N. der Strafe vorläufiger Körperverletzung nicht entgehen.

Greiffenberg (Schlesien), 18. April. Am letztvergangenen Freitag, Nachmittags, entluden sich über den Drischtschaften Steinbach, Friederodorf, Neu-Schweidnitz, Klein Stöckigt, Schoosdorf und Langenöls mehrere so verheerende Gewitter, wie sie seit einer langen Reihe von Jahren in hiesiger Gegend nicht vorgekommen sind. Der wolkenbruchartig niederströmende Regen verwandelte binnen wenig Minuten alle Straßen, Höfe, Gärten und Felder dieser Drischtschaften buchstäblich in wogende Seen und wild dahinbrausende Ströme, welche Zäune, Holz-stöße, Bretter, Balken, Düngerhaufen, Stege und Brücken mit furchtbarem Gewalt fortrissen, Hausdächer und Scheunenthore aus den Angeln hoben und überall die schrecklichsten Verwüstungen anrichteten. Die Bewohner niedrig gelegener Häuser sahen bald die immer höher

steigenden Fluthen in Stuben und Ställe bringen und konnten zum Theil nur mit Mühe ihr Vieh retten. Andere mußten auf den Boden flüchten, während in ihren Wohnzimmern Stühle, Bänke, Tische und Schränke durcheinander geworfen umhergeschwammen. Die Kirche zu Langenöls, vor deren Eingang zwei starke Erlenklöße getrieben wurden, stand mitten im Wasser, eben so die Brauerei. Fürchterliche Donnerschläge erdröhnten fort-während. Der Blitz schlug in Langenöls mehrfach in Bäume, die tragend zusammenstürzten, und in Gärten. Ein Blitzstrahl traf auf der Sandhöhe nahe bei Greiffen-berg die Telegraphenleitung und beschädigte eine Menge Telegraphenstangen, indem er dieselben von oben bis unten spaltete und zerplitterte. Die durch die heraus-gerissenen Splitter entstandenen Furchen, welche zum Theil spiralförmig um den Stamm laufen, zeigen meist 1 bis 2 Zoll Breite und Tiefe. Der Umstand, daß die Bewohner unserer Laubaner Vorstadt glaubten, es habe auf der benachbarten Post eingeschlagen, da sie die-selbe bei einem entsehligen Schläge ganz in Feuer ein-gehüllt sahen, läßt vermuthen, daß der Blitzstrahl von der Sandhöhe seinen Lauf die Drahtleitung entlang bis zum telegraphischen Bureau genommen habe, woselbst er, da hier alle Leitungen ausgeschaltet waren, zur Erde niederfuhr. Die im Bureau anwesenden Beamten, welche in der Meinung, der Blitz habe im Hause eingeschla-gen, eiligt alle Räume des mit Schwefelgeruch ange-füllten Gebäudes durchsuchten, kamen glücklicher Weise mit dem bloßen Schrecken und ungefährlichen Betäubun-gen davon. Der Schaden, den die Wasserfluthen auf Wegen, Wiesen und Feldern, an Bäumen, Brücken und Gebäuden angerichtet haben, ist sehr bedeutend. In Langenöls allein schätzt man denselben auf 15- bis 20,000 Thlr.

Falkenburg, 20. April. (Ob.-Jtg.) Vor einigen Tagen suchte ein vorgeblich taubstummer Land-streicher unter dem Namen Arthur von Petersdorff die umliegenden Gutsbesitzer bettelnd heim; er entblödete sich nicht, nachdem er verschiedene Güter mit Erfolg ausgebeutet hatte, auch dem Herrn von Petersdorff auf Büdow seine Bistte zu machen. Dieser merkte jedoch bald, daß er es mit einem Schwindler zu thun habe und lieferte ihn an die hiesige Polizei ab, wo er sich nach kurzem mit ihm vorgenommenen Verhöre als der Arbeiter und Weber Debert aus Burg bei Magdeburg entpuppte, welcher nicht nur vorzüglich hören und ziem-lich gewandt sprechen konnte, sondern welcher auch wegen mehrerer von ihm ausgeführter Diebstähle schon über Jahr und Tag steckbrieflich verfolgt wurde und seit ca. 10 Jahren bereits sein vagabondirendes Leben führe. In der vergangenen Nacht ist er aus dem hiesigen Ge-fängniß entsprungen und wird jedenfalls seine alten Abenteuer in anderer Gestalt wieder fortsetzen. Als Abschiedsgruß hat er auf die ihm zur Verurteilung über-gene Bibel mit Kreide geschrieben: „Adieu Falkenburg.“

Neckrolog.

Der Musikdirektor Dr. Karl Löwe, am 30. No-vember 1796 in Löbzen in der Nähe von Halle ge-boren, verlebte seine Jugendzeit in Halle, wo er das Gymnasium und demnächst die Universität bezog, um Theologie zu studiren. Aber seine Liebe zur Tonkunst und sein reger schaffender Genius ließen ihn nicht in diesem Berufe, sondern trieben ihn auf das Feld hin-über, wo er bald so Tüchtiges leisten sollte. Raum von der Universität geschieden, folgte Löwe einem Rufe nach Stettin, und fand hier eine einträgliche Stellung, welche ihm erlaubte einen eigenen Herd zu gründen. Bald führte er denn auch die geistreiche Tochter des Geh. Rathes Jacobs in Halle heim, die ihm einen Sohn (Julian) schenkte, leider aber bei der Geburt desselben starb. Später verheiratete sich Löwe zum zweiten Male mit Fräulein Lange aus Stettin und führte im Kreise seiner Frau und Töchter ein schönes Familienleben. Mit einem weichen Gemüthe begabt, voll sprudelnder Laune und in kindlicher Anspruchslosigkeit war er denn auch überall in Stettin ein gern gesehener Gast, um den sich in dem geistreichen Kreise der Geh. Rathin Tielebein zu Zülchow, wie auf den Logenfesten eine zahlreiche Gesell-schaft scharte. Mehr aber als hierdurch hat er durch seine musikalische Thätigkeit und seine zahlreichen treff-lichen Kompositionen in weiten Kreisen gewirkt. In Stettin namentlich hat er durch zahlreiche Konzerte und Aufführungen großer Kirchenmusik viel für die Hebung des musikalischen Geistes gethan und zahlreiche Schüler herangebildet und für die Kunst begeistert. Von seinen Kompositionen sind vor allem seine Balladen ausgezeichnet. Hier hat er alle seine Nebenbuhler übertroffen. Keiner ist ihm in Mannigfaltigkeit und Treue des Kolorits, und Niemand in charakteristischer Schärfe und Plastik der Zeichnung gleichgekommen; keinem ist es wie ihm gelungen, in den reichsten Tonbildern den Geist der ver-schiedensten Völker und Zeiten vor die Seele zu führen und uns bald in phantastischem Fluge ins Reich der Feen und Ritter zu tragen, bald in das stille Haus der Familie in die Stätte der tiefsten Innerlichkeit einzu-führen. Aber auch in anderen Zweigen, namentlich in den Oratorien hat er höchst Treffliches geleistet, überall originell, überall geistreich und interessant und voll schöner musikalischer Gedanken. Leider wurde ihm der Abend seines Lebens durch einen Schlaganfall getrübt, der ihn seiner geistigen Frische beraubte, ihm aber den Frieden seiner Seele, die Tiefe seines Gemüthes nicht trübte konnte. Die letzten Jahre seines Lebens seit 1867 lebte der Künstler zu Kiel in der Nähe seiner Lieblingskinder, der Gattin des Fregattenkapitän Both-well; dort hat ihn auch der Tod am 20. April d. J. ereilt.

Vermischtes.
Berlin. Bei dem am Sonntag stattfindenden Konzert in der Synagoge wird Berlin das bisher un-erhöbte Schauspiel eines Konzertpublikums von nahe an 3000 Personen haben, da wie wir hören, fast alle Billets für dasselbe verkauft sind. Zu dem interes-san-ten Anblick des erleuchteten Tempels, zu dem künstleri-schen Reiz eines Programms, das die größten deutschen Tonsetzer und ausführenden Kräfte ersten Ranges ver-eint, gefeilt sich das erhebende Gefühl, grenzenlose Noth zu lindern, zur Stillung des Hungers von Tausenden sein Scherlein beizutragen. Erfreulicher Weise findet das Konzert auch gerade unter der christlichen Bevölke-rung die wärmste Theilnahme. Das Herz kennt keine Konfession.
— Vor ca. 30 Jahren wurde in Cutin (unweit Lübeck) ein großherzoglicher Beamter, der Kammerherr v. Qualen, ermordet. Der Thäter blieb unentdeckt. Vor einigen Tagen starb in Braß bei Cutin ein Mann, der dem Prediger auf seinem Sterbebette mittheilte: Er und ein Cutiner, der noch lebt, haben den Kammerherrn ermordet, und zwar auf Anstiften des Bruders des Er-mordeten, der nach Amerika ausgewandert ist. Der Sündenlohn hat für Jeden 100 Thlr. betragen.
— Die schauerliche Mähr, die erst jüngst von einem Menagerie-Direktor an der belgisch-französi-schen Grenze erzählt wurde, den ein Löwe zertrissen hätte, war eine Ente. Die eigentliche Thatsache klingt viel drohlicher. Erstens war der angebliche Wüstenkönig kein Löwe, son-der eine alte und magere Löwin, und zweitens hat der Wüstenkönig nicht den Menagerie-Direktor in Stücke zerfleischt, sondern die Circusmitglieder haben bei dem schlechten Gange der Geschäfte in der äußersten Noth die arme Löwin aufgeessen.

Börsen-Berichte.
Stettin, 23. April. Witterung: schön. Wind NO. Temperatur + 15° R. Barometer 28 1/4".
An der Börse.
Hauptmarkt, per 2125 Pfd loco gelber inländ. 63—65, bunter poln. 62—64, weißer 64—66, ungar. 52—59, 83—85 Pfd. gelber Frühl. 65 1/2, bez. u. Ob., Mai-Juni do., Juni-Juli 65 1/2, bez. Juli-August 66, bez.
Hauptmarkt, per 2000 Pfd loco 51—51 1/2, Frühl. 51 1/2, 1/2, bez., Mai-Juni 50 1/2, 1/2, bez., Juni-Juli 50 1/2, bez., Juli-August 48 1/2, 1/2, Ob. Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco ungar. 36—42, bessere 43—44.
Hauptmarkt, pr. 1300 Pfd. loco 32 1/2—35, 47—50 Pfd. Frühl. 35, bez. u. Br., Mai-Juni 33 1/2, bez., Juni-Juli 33 1/2, bez. Br.
Erbsen still, pr. 2250 Pfd. loco Futter 51 1/2, bis 53 1/2, Koch 56—57.
Mais loco pr. 100 Pfd. 59, 59 1/2, Br.
Rübsl fest und behauptet, loco 10 1/2, bez., pr. April-Mai 10 1/2, bez., September-Oktober 10 1/2, bez. u. Ob.
Spiritus fest und höher, loco ohne Faß 16, 16 1/2, 1/2, bez., mit Faß 16 1/2, bez., Frühl. 16 1/2, 1/2, Ob., Mai-Juni 16 1/2, 1/2, bez. u. Ob., Juni-Juli 16 1/2, 1/2, bez., Juli-August 16 1/2, 1/2, bez. u. Ob.
Angebot: 400 Bispel Weizen, 300 Centner Rübsl, 20,000 Quart Spiritus.
Regulirungs-Preise: Weizen 65 1/2, Roggen 51 1/2, Hafer 35, Rübsl 10 1/2, Spiritus 16 1/2.

Liverpool, 22. April. (Baumwollenmarkt.) Mid-ling Upland 12, Orleans 12 1/2, Fair Egyptian 13, Dhollerah 10 1/2, Broad 10 1/2, Domra 10 1/2, Madras 9 1/2, Bengal 8 1/2, Smyrna 10 1/2, Pernam —.

Stettin, den 23. April			
Hamburg	6 Tag.	151 1/2 B	
Amsterdam	2 Mt.	150 1/2 B	
London	8 Tag.	142 G	
	2 Mt.		
Paris	10 Tag.	6 25/4 B	
	3 Mt.	6 23/4 B	
Bremen	10 Tag.		
St. Petersburg	2 Mt.	81 1/4 B	
Wien	3 Mt.		
	3 Wch.	87 1/4 G	
Frankfurt	8 Tag.		
	2 Mt.		
Pruss. Bank	4	Lomb. 5%	
Sta.-Anl. 5457	4 1/2		
	5		
St.-Schldsch.	3 1/2		
P. Präm.-Anl.	3 1/2		
Pomm. Pfdbr.	3 1/2		
	4		
Rontob.	4		
Kitt. P.B.A.	4		
Borl.-St. E. A.	4		
Prior.	4		
Starg.-P. E. A.	4 1/2		
Prior.	4 1/2		
St. Stadt-O.	4 1/2	91 1/2 B	
St. Börsenhaus-O.	4		
St. Schauspielh.-O.	5		
Pom. Chausseeb.-O.	5		
Greifenhag. Kreis-O.	5		
Pr. National-V.-A.	4	115 B	
Pr. Soc.-Assicuranz.	4		
Pomerania.	4	115 B	
Union.	4		
St. Speicher-A.	5		
Ver.-Speicher-A.	5		
Pom. Prov.-Zuckers.	5		
N. St. Zuckersied.	4		
Mosch. Zuckersabrik.	4		
Brodower	4		
Walzmühle	5		
St. Portl.-Cementf.	4		
St. Dampfschlepp G.	5		
St. Dampfschiff-V.	5		
Neue Dampfer-C.	4	96 B	
Gormanian		102 1/2 B	
Vulkan		160 G	
St. Dampfmühle	4	106 B	
Pommerensd. Ch. F.	4		
Chem. Fabrik-Ant.	4		
St. Kraftdänger-F.			
Gemeinn. Bauges.	5		
Grabow Stadt-Obl.	5		